Nr. 226. Dienstag, den 4. Oktober 1904. 3. Jahrgang.

Sächsische Volkszeitung

Erscheint täglich nachm., mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: Vierteljährl. 1 Mk. 50 Pf. (ohne Bestellgeld). Bei außerdeutschen Postanstalt. Zeitungspreis. Einzelnummer 10 Pf. Redaktions-Sprechstunde: 11—12 Uhr.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum m. 15 Pf. berechnet, bei Wiederholung bedeutender Rabatt. Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden Pillnitzer Strasse 43. — Fernsprecher Amt I Nr. 1966.

Stimmungsmache.

Es gibt zwar keine Woche des Jahres, in welcher nicht die häßlichen Töne der konfessionellen Gehässigkeit aus dem Orchester der sächsischen Presse schrill gehört würden, aber sie allein sind noch nicht im stande, das Publikum in die rechte Stimmung zu versetzen, damit es dem Evang. Bunde bei seiner Hauptversammlung in Dresden ein größeres Verständnis entgegenbringe. Das mangelnde Interesse suchen nun die Zeitungen zu wecken. Es werden Verstöße aufgezählt, welche angeblich der „römische Uebermut" gegen das „Deutschtums höchste Güter" (Neues Sächs. Kirchenbl.) gemacht habe.

Wenn wir die schwülstigen Phrasen, die dabei gebraucht werden, mit mitleidigem Lächeln ignorieren, so wird man das begreiflich finden. Mit Leuten, die zuerst beteuern, daß es „uns Protestanten nicht im geringsten einfalle, unsere Mitbürger anderen Glaubens ihr Recht auf das Dasein verkümmern zu wollen" (Dresdn. Anz.) die aber gleich darauf sagen, daß die Katholiken in Deutschland „die ganze Sonne für sich haben wollen" und daß dies zu bekämpfen sei, wie der „Dresdner Anzeiger" es tut, ist nicht zu streiten. Denn wenn diese gleich im vorhinein es für eine Arroganz der Katholiken halten, daß sie ebenso die ganze Sonne des staatsbürgerlichen Rechtes für sich in Anspruch nehmen, wie die Protestanten, und wenn sie sich in Schatten gestellt fühlen, weil die Katholiken dieses tun, so ist mit solchen rückständigen Ansichten eben nichts anzufangen.

Es kehrt auch immer und immer die Anklage gegen die Reichsregierung wieder, daß sie in dem innern und äußeren Gang der deutschen Politik den „Ultramontanismus" vorherrschen lasse.

Der „Dresdner Anzeiger" sieht daraus schon die „schwersten Gefahren für unser Volk erwachsen, seine freie Entwickelung gehemmt und seine heiligsten Güter bedroht". Solche Hyperbeln erwecken die Lachlust und schaden nur den Hetzern selbst, die sie aussprechen. Der noch gesunde Kern des Volkes begreift sofort die tendenziöse Mache der Behauptung. Der „Dresdn. Anz." freilich behauptet allen Ernstes, der Evangelische Bund habe es glücklich so weit gebracht, daß diesen seinen Worten mehr Glauben geschenkt werde. Dazu habe beigetragen „die Aufhebung des Jesuitengesetzes, das Vorgehen der Römlinge (!) auf dem Gebiete der Schule, die verschiedentlichen Vorstöße gegen die Einheit der modernen Kulturentwickelung und schließlich das allzu deutliche Pochen des Zentrums auf seine Macht". Nun müsse der Bund die Stimmung ausnützen. Daran wird er es nicht fehlen lassen.

Die „Dr. Neuest. Nachr.", das unparteiische Blatt, lassen aus Anlaß ihres Begrüßungsartikels zum Bundestag ihr historisches Licht leuchten. Zunächst behauptet das Blatt, daß es sich bei Wiederzulassung der Jesuiten in Deutschland keineswegs um eine Forderung der Toleranz in Glaubenssachen, sondern um rein politische, direkt deutschfeindliche Bestrebungen handle. Als Beweis schreibt das Blatt:

„Im „Corpus institutionum Societatis Jesu" 1757, Band I, heißt es wörtlich in der Eidesformel, welche der „Professus" vor dem Jesuitengeneral zu sprechen hat: „Ich erkläre . . ., daß der Papst Macht hat . . . abzusetzen die ketzerischen Könige, Fürsten, Staaten, Republiken und Regierungen, welche alle ungesetzlich sind, indem sie der heiligen Bestätigung entbehren, und daß man sie mit gutem Gewissen zerstören kann. Soviel an mir liegt, werde ich diese Lehre ebensogut aufrecht halten, wie die Rechte und Sitten der Heiligkeit des Papstes gegen jede ketzerische oder protestantische Macht, die sich der heiligen römischen Kirche widersetzt. Ich entsage und verweigere jede Treue den protestantischen Königen, Fürsten oder Staaten, ebenso wie jeden Gehorsam ihren Obrigkeiten und unteren Beamten. Ich erkläre, daß die Lehre der Anglikaner, der Kalvinisten, der Hugenotten verdammlich und daß diejenigen, welche ihnen zu entsagen sich weigern, verdammt sind. Ich verspreche, außerdem und erkläre, daß ich geheim halten werde, alle Nachrichten und Befehle, welche mir gegeben werden, daß ich sie weder durch Wort noch durch Schrift verbreiten will, und daß ich alles ausführen werde, was mir durch Sie, meinen geistlichen Vater, oder durch irgend einen anderen Vorgesetzten des Ordens aufgetragen wird. Das alles schwöre ich . . ." usw.

Und die „N. N." behaupten, daß dies der Geist Roms auch heute noch sei. Die Geschichte von dem Eide wäre sehr beweiskräftig, wenn er nur existieren würde. Das ist aber das Fatale, daß dieser Eid von Anfang bis zu Ende eine böswillige Erfindung ist. In den Institutionen der Gesellschaft Jesu findet sich dieser Passus in der Eidesformel nicht, er ist einfach dazu gelogen worden. Wie makellos steht doch der Jesuitenorden da, wenn die Feinde die Anklagen erst erdichten müssen!

Trotz dieser Entgleisung — aus Unwissenheit, wollen wir annehmen — kommt das Blatt zu folgendem Wunsche:

„Wir möchten nun wünschen, daß neben dem immerhin negativen Kampfe gegen den Ultramontanismus der positive Gehalt des Protestantismus in den bevorstehenden Verhandlungen recht gründlich zum Ausdruck gebracht würde. Hiervon allein versprechen wir uns den nachhaltigen Erfolg, den der Bund herbeiführen möchte."

Da liegt aber der Hase im Pfeffer. Die bisherigen Erfahrungen haben den Evangelischen Bund bisher nur im „negativen Kampf gegen den Ultramontanismus" sich abmühen sehen, aber nirgends ihn als Vertreter des „positiven Gehaltes des Protestantismus" gezeigt. Die Dresdner Tagung dürfte, wie die Anzeichen sind, genau so verlaufen.

Etwas schärfer legen sich die „Dresdn. Nachr." ins Zeug. Da wird den Lesern im Grabeston erzählt, daß der Protestantismus überhaupt um Sein und Nichtsein kämpft, denn der „schwarze Heerbann rückte unter jesuitischer Führung in geschlossener Phalanx gegen die Träger des Reformationsgedankens heran, verunglimpfte Luther selbst in giftigen Pamphleten empörend und trachtet, sein hehres Erbe voll Licht und Geistesklarheit in römischer Finsternis zu ersticken. Diese Elemente erhalten von Amtswegen ein Zugeständnis nach dem andern, und ihr Weizen blüht so üppig im Deutschen Reiche, daß sie sich bereits als die alleinigen Herren im Lande fühlen." Und einen Absatz tiefer stellen die „Dresdn. Nachr." allen Ernstes die Frage: „Sollen wir ruhig zusehen, wie die Evangelischen allmählich ohne Sang und Klang auf die Stufe einer bloß geduldeten Religionsgemeinschaft herabgedrückt werden?" Und das Blatt schreibt: „Aus hunderttausend Kehlen schallt es Antwort: „Nein und abermals nein!" „Sich wehren bringt Ehren!" Das ist ein gutes deutsches Wort, und setzen wir dazu noch den altpreußischen Wahlspruch „Wer Gott vertraut und feste um sich haut, der hat auf keinen Sand gebaut", so haben wir das, was uns dem Ultramontanismus gegenüber not tut. Kampf gegen Kampf: das muß die Losung sein, der wir alle folgen, die wir uns unter die heiligen Fahnen der Reformation zusammenscharen."

Wenn man diese Jammermelodie glauben wollte, so müßte der Protestantismus in den letzten Zügen liegen. Nur der Evangelische Bund könnte ihn noch retten, indem er den „Lutherzorn" und den furor protestanticus erweckt. Das Blatt hält es für nötig, daß der Bund endlich auf den „Tummelplatz des politischen Streites" hinaustrete. Wie bescheiden der Bund doch tut! Bei den Reichstagswahlen hat er verschiedene Kandidaten aufgestellt oder doch der Wählerschaft aufgedrängt. Weil sie alle gefallen sind, will er sein Schild noch in Unschuld erstrahlen lassen und tut so, als wenn er mit der Politik noch nie etwas zu tun hatte!

Zum Schlusse wollen wir einige Zeilen der „Deutschen Wacht" widmen; ihre Gedanken sind abgebraucht, wir sind mit dem Blatte rasch fertig. Es meint:

„Kein Kardinalspurpur, keine Bischofsmütze, kein apostolischer Segen, keins aller jener Prunkstücke, mit denen der römische Kultus auf seine Gläubigen zu wirken weiß, wird in Dresden zu finden sein, ja vielleicht wird's sogar zur Freude der Gegner an einem persönlichen Gruße des Reichsoberhauptes fehlen."

Was den Kaiser anlangt, so legen wir kein Gewicht darauf, wenn er dem Evangelischen Bunde auch ein persönliches Antworttelegramm senden würde. Wie ein ungezogenes Kind hat die Presse des Evangelischen Bundes vor blassem Neid laut geweint, als der Katholikentag so bevorzugt wurde, daß man jenen vielleicht ein Zuckerbrötchen geben wird, nur um Ruhe zu bekommen. Das Blatt meint weiter, daß die „Sächs. Volksztg." „sicherlich die Tagung des Evangelischen Bundes, ja seiner ganzen Existenz als eine Kränkung für die katholischen Landsleute darzustellen versuchen" werde. Die Kollegin in der Zirkusstraße täuscht sich. Nicht die Existenz des Vereins ist eine Kränkung, sondern seine bisherige Tätigkeit, die nur auf die Entfachung des konfessionellen Streites gerichtet ist, hat den Katholiken solche zugefügt. Was das Zitat des „Kath. Kirchenbl." aus dem Jahre 1896 anlangt, so gibt sich die „Deutsche Wacht" damit das Zeugnis der Gedankenarmut. Das Kirchenblatt schrieb damals:

„So wollen wir recht innig zu unserem Schutzpatron flehen, daß er sich bei Gott für uns verwende, damit die sächsischen Lande recht bald wieder zur Glaubenseinheit gelangen möchten, und daß am 16. Juni 1906 das 800jährige Jubiläum des heiligen Benno von dem im Glauben wieder geeinten ganzen Sachsenvolke mit dankbarem Jubel begangen werden könne."

Und nun behauptet die „Deutsche Wacht", damit zu beweisen, daß „die Hoffnungen der Romkirche auf Gewinnung des ganzen Landes zuversichtlich waren"! Das stimmt absolut nicht mit anderen Behauptungen, wo unter dem hochseligen König Albert der „Ultramontanismus" kurz gehalten worden sei und er erst mit dessen Tode kühn das Haupt erhob. Den Blättern kommt's nur auf Phrasengeklingel, keineswegs aber auf die Wahrheit an.

Das sind kurz einige Blüten aus den Sonntagsartikeln der Dresdner Blätter, welche dem Evangelischen Bund zur Begrüßung geweiht werden. Ihr Duft ist nicht sonderlich erquickend, sondern vielmehr betäubend, wie die Blüte der Tollkirsche. Hoffentlich werden aber unter den Gästen viele sein, welche nicht zum negativen Streit, sondern zur positiven Arbeit gekommen sind. Möge diese Richtung die Oberhand gewinnen und die Versammlung segensreich, nicht verderbenbringend werden.

W.

Thronfolgestreitigkeiten in Deutschland.

Eine ganze Anzahl deutscher Fürstenhäuser steht derzeit auf zwei Augen, ein direkter Nachfolger ist nicht da, und so geht die Herrschaft auf Seitenlinien über. In Bayern ist der König geisteskrank, die Regentschaft führt sein Großoheim. Württemberg hat keinen Kronprinzen, eine herzogliche Linie hat Anwartschaft auf den Thron. In Baden steht neben dem Erbgroßherzog wohl noch ein Bruder desselben; aber die Familien der beiden Söhne des Herrschers sind entweder kinderlos oder nicht mit männlichen Nachkommen bedacht; die hohenzollernsche Linie stellt hier den Thronanwärter. Der geschiedene Großherzog von Hessen besitzt keinen Sohn. Nur Sachsen und Preußen sind nicht in Verlegenheit wegen der Thronfolge; während aber in den süddeutschen Staaten dieselbe überall bereits gesetzlich geregelt ist, sind in Norddeutschland derzeit in nicht weniger als drei Staaten Streitigkeiten unter den Fürstenhäusern ausgebrochen, die ein höchst unerfreuliches Bild bieten, und sicherlich nicht geeignet sind, den monarchischen Gedanken zu stärken.

In Oldenburg hat der Landtag unter Zustimmung des Großherzogs die Thronfolge neu geregelt, es ist aber der Schwager des Kaisers, Herzog Ernst Günther, der sich benachteiligt fühlt und gegen seinen Ausschluß protestiert; wohl wird er glatt abgewiesen werden, denn in diesem Lande sind wenigstens alle beteiligten Faktoren einig, daß die Augustenburger Linie hier nichts zu suchen hat. In dem kleinen Lippe-Detmold ist es auch ein Schwager des Kaisers, Prinz Adolf zu Schaumburg-Lippe, der gern Regent werden möchte. Die alten Streitigkeiten sind bekannt, hier aber setzen sie sich im Volke fort und lassen dasselbe nicht zur Ruhe kommen. Nach dem Tode des Grafregenten hat dessen ältester Sohn die Regentschaft angetreten. Lippe-Schaumburg hat bereits hiergegen beim Bundesrat Protest erhoben und fordert von demselben drei Punkte: 1) er wolle bis zur rechtskräftigen Erledigung der schwebenden Streitfrage keinen von einem der im Streite befindlichen Teile ernannten Bevollmächtigten zum Bundesrate zulassen; 2) nunmehr, da die Rechtskraft des Schiedsspruches erschöpft ist, die definitive Erledigung des lippeschen Thronfolgestreites in die Wege leiten; 3) eine durch die tatsächlichen Verhältnisse geforderte, außerhalb der Parteien stehende unabhängige Verwaltung des Fürstentums Lippe einrichten, durch welche der reichsverfassungsmäßigen Erledigung des schwebenden Thronfolgestreites nicht vorgegriffen wird.

Der zweite Punkt dieses Protestes wird allgemein in Deutschland unterstützt werden; man hat diese Streitigkeiten unter den Fürstenhäusern herzlich satt und wünscht einmal eine endgiltige Regelung. Aber wir halten es für ungerecht, dem Fürstentum bis zu dieser letzten Entscheidung keine Vertretung im Bundesrate zu geben; auf grund der Reichsverfassung muß Lippe-Detmold stets eine Stimme im Bundesrat führen. Nirgends ist bestimmt, daß diese für eine bestimmte Zeit ruhen darf. Der Bundesrat kann somit jedenfalls nicht ohne Zustimmung des Reichstags und des Lippeschen Landtags dieser Forderung entsprechen, da hierdurch die Verfassung in ganz offenkundiger Weise verletzt würde. Man kann jetzt nur dringend wünschen, daß der Bundesrat sehr bald sich mit der Materie befaßt und sie durch endgiltige Regelung aus der Welt schafft.

Der dritte Staat, in dem Thronfolgestreitigkeiten bestehen, ist Braunschweig, dort regiert ein Oheim des Kaisers, Prinz Albrecht von Preußen. Rechtmäßiger Throninhaber ist der Herzog von Cumberland; die bekannte welfische Frage spielt hier herein. Aber mit der Regentschaft kann es nicht ewig weitergehen; Voraussetzung des Thronantritts des Welfen ist allerdings, daß derselbe einmal in Deutschland erzogen wird und sich auf dem Boden der gegebenen Tatsachen stellt. Wann hier ein Ausgleich stattfinden wird, steht noch in grauer Ferne.

Aber damit sind nicht alle Thronfolgestreitigkeiten erschöpft; es gibt noch zwei Staaten, die hier erwähnt werden müssen. Da ist es zunächst Mecklenburg-Schwerin, das in seinem Hausgesetze die Bestimmung hat, daß ein katholischer Thronerbe ausgeschlossen sei; diese Bestimmung ist für die deutschen Katholiken eine Beleidigung. So lange Mecklenburg ein rein protestantischer Staat im Sinne des 16. Jahrhunderts war, konnte man eine solche Vorschrift erklärlich finden, aber heutzutage ist sie veraltet und steht insonderheit mit dem gesamten Prinzip des modernen Staates im denkbar schärfsten Widerspruch.

Die schwierigste aller Thronfolgefragen aber liegt in Elsaß-Lothringen. Das Reichsland kann nicht mehr länger in seinem halbfertigen Zustande gelassen werden. Elsaß-Lothringen muß die Rechte eines Bundesstaates erhalten. Das Zentrum hat diese Forderung letzten Winter sehr deutlich erhoben und der Reichskanzler hat sich gegenüber einer definitiven Regelung nicht ablehnend verhalten, aber sofort die Schwierigkeiten betont. Das Reichsland ist bisher im Bundesrate gar nicht vertreten gewesen; wenn es nun aber drei bis vier Stimmen erhalten würde, wer soll diese delegieren? Hier erhebt sich schon eine Schwierigkeit; in den anderen Staaten werden die Stimmen im Bundesrat nach den Willen des Monarchen geführt, das Parlament hat dort keinen entscheidenden Einfluß. In Elsaß-Lothringen aber fehlt ein Monarch. Man hat ja früher daran gedacht, es mit Baden zu vereinigen und den Großherzog von Baden zum König zu erheben; dieser Plan ist in der Tiefe verschwunden, mit Recht. Neuerdings hat man gehört, es soll ein Prinz von Preußen, einer der Söhne des Kaisers, als Monarch für die Reichslande in Betracht kommen, in Elsaß-Lothringen hat man sich hierfür nicht sehr begeistert und im übrigen Deutschland würde man von dieser Lösung nur eine Erhöhung des preußischen Einflusses im Bundesrate befürchten. Andere brauchbare Vorschläge sind noch nicht aufgetaucht; den Reichslanden die Stellung einer Republik zu geben, wurde auch schon in Erörterung gezogen, aber die Verwirklichung dieses Planes halten wir für ganz und gar ausgeschlossen.

Nachdem aber so fünf deutsche Staaten sich in schwebenden Fragen über die Thronfolge befinden, dürfte es doch zu überlegen sein, ob nicht von seiten des Reiches bei aller Hochhaltung der Souveränität der Einzelstaaten ein Eingreifen angezeigt erscheinen würde; der monarchische Gedanke könnte hierdurch nur gewinnen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id494508531-19041004/1